

DKP-Stadtrat Reinhard Püschel
Friedenstraße 8
89522 Heidenheim

An den
Gemeinderat der Stadt Heidenheim,
Herrn Oberbürgermeister Bernhard Ilg.

Heidenheim, 29. Oktober 2013

Haushaltsplan 2014
Sicherung und Vermehrung bezahlbaren Wohnraums in der Stadt Heidenheim

Die Wohnungspolitik hat in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen. Denn, auf den städtischen Wohnungsmärkten spitzt sich die Lage erheblich zu. Wohnen ist deutlich teurer geworden, selbst für die Mittelschicht, so die Einschätzung des Deutschen Mieterbundes (DMB).

Menschen mit geringem Einkommen bedürfen seit je her einer Unterstützung des Staates. Sei es durch Wohngeld, sei es durch die Bereitstellung bezahlbarer Wohnungen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus.

Die hohen Wohnkosten sind auch das Ergebnis einer verfehlten Wohnungs- und Mietenpolitik. Wohnen wird auch teurer, weil die so genannte zweite Miete unaufhörlich steigt.

Ende letzten Jahres sind in unserem Land tausende von Mietern auf die Straße gegangen und machten ihren Unmut über steigende Mieten, fehlende bezahlbare Wohnungen und Verdrängung Alteingesessener aus ihren Quartieren Luft. Die Experten des Pestel-Instituts kamen zu dem Ergebnis, dass in Deutschland aktuell vier Millionen Sozialwohnungen fehlen. Selbst die Bundesregierung stellte fest, dass der Bestand an Sozialwohnungen zwischen 2002 und 2010 um ein Drittel auf 1,6 Millionen geschrumpft ist.

Auch der Kreissenorenrat Heidenheim fordert von der Kommunalpolitik in Stadt und Kreis Heidenheim mehr Initiativen für bezahlbaren Wohnraum.

Teure Wohnungen entstehen derzeit auf dem Ploucquet-Areal, im Bereich des Güttinger - Arealen oder den Wohnungen in der Römerstraße. Bedenklich stimmen muss einen auch der Weiterverkauf von Wohnungen durch die Gagfah an andere Immobilien-Unternehmen oder die Umwandlung in Eigentumswohnungen. Kein kleines Problem für die Mieter sind die Sanierungsarbeiten an ehemaligen GBH -Mietwohnungen. Positiv ist zu sehen, dass endlich nach jahrzehntelangem nichts tun, Wohnungen saniert werden. Negativ: die Monatsmieten aber steigen kräftig: In der Paradiesstraße z.B. um 70 Euro. Die Mieter haben die ganzen Jahre mit ihrer Mietzahlung den Mietvertrag erfüllt, nicht aber die Wohnungsunternehmen. Der Bestand an bezahlbarem Mietwohnungsraum reduziert sich auch in Heidenheim immer mehr.

Der Gemeinderat muss sich in Zukunft stärker mit dem Problem Sanierung und sozialem, bezahlbarem Wohnraum befassen.

Der Gemeinderat beschließt:

1. Die Stadtverwaltung informiert den Gemeinderat über alle Fördermittel und -wege, die gegenwärtig für soziale Wohnraum- insbesondere Mietraumförderung zur Verfügung stehen.
2. Die Stadtverwaltung legt dem Gemeinderat dar, ob und wie öffentliche Belegungsrechte zur Sicherstellung eines ausreichenden Angebots an preisgünstigem Wohnraum von privaten Hauseigentümern und Wohnungsunternehmen erworben werden können.
3. Die Stadtverwaltung legt dar, ob die Möglichkeit besteht, über städtische Satzungen die Bauherren zu verpflichten, bei Errichtung von Mehrfamilienhäusern eine bestimmte Quote öffentlich geförderten Mietwohnraums bereitzustellen im Sinne von „mixed-income-housing“
4. Die Stadtverwaltung prüft gemäß Kommunalabgabengesetz eine Leerstandsabgabe für private und gewerbliche Immobilien.
5. Der Gemeinderat fordert die Landesregierung auf, eine Rechtsverordnung zur Kappung der Mieterhöhungen auf maximal 15 Prozent zu beschließen.
6. Der Gemeinderat spricht sich für ein Verbot des Verkaufs von mit Steuergeldern geförderten Wohnungen aus.
7. Der Gemeinderat spricht sich für ein Verbot von Zwangsräumungen und Stromabstellungen finanzschwacher Mieter und Mieterinnen aus.
8. Der Gemeinderat spricht sich für einen eigenständigen kommunalen Wohnungsbau aus. Dazu stehen rund 5 Millionen Euro aus dem Verkauf der GBH -Wohnungen bereit.
9. Die Stadtverwaltung bzw. der Gemeinderat nimmt Kontakt zum Kreismieterverein Heidenheim auf.

Mit freundlichem Gruß